



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer, Klaus Steiner, Martin Bachhuber, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Michael Brückner, Alexander Flierl, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Anton Kreitmair, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Hans Ritt, Tanja Schorer-Dremel, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder und Fraktion (CSU)**

Nationales Anbauverbot für gentechnisch veränderte Organismen umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass dort schnellstmöglich Maßnahmen ergriffen werden, damit in Deutschland das auf EU-Ebene vereinbarte Verfahren zu möglichen nationalen Anbauverboten von gentechnisch veränderten Pflanzen nach formeller Bestätigung durch das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten baldmöglichst in nationales Recht umgesetzt werden kann.

Begründung:

Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland spricht sich Befragungen zufolge für ein Verbot von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVP) auf unseren Feldern aus. Umweltrisiken wie die Wirkung auf Nichtzielorganismen und wirtschaftliche Risiken der Grünen Gentechnik, z.B. die eingeschränkte Verkehrsfähigkeit von Produkten mit gentechnisch veränderten Bestandteilen, sind nicht ausreichend geklärt. GVP sind nicht vereinbar mit den empfindlichen Naturräumen und der kleinräumigen Landwirtschaft und Agrarstruktur wie wir diese in Bayern und in vielen Ländern vorfinden.

Am 4. Dezember 2014 haben sich Vertreter von EU-Parlament (EP) und Mitgliedstaaten auf ein neues Verfahren geeinigt, mit dem EU-Mitgliedstaaten nationale Anbauverbote für GVP auf ihrem Hoheitsgebiet oder Teilen davon erlassen können. Dem ausgehandelten Verfahren zufolge können nationale GVP-Anbauverbote nun möglichst rechtssicher gestaltet werden. Das EP hat dem Verhandlungsergebnis am 13. Januar 2015 zugestimmt. Es muss nun noch von den Mitgliedstaaten formell bestätigt werden. Die Bundesregierung sollte alle Schritte einleiten, damit schnell ein Verbot des Anbaus von GVP in Deutschland und Bayern erlassen werden kann.